

Anselm Doering-Manteuffel

Die Vielfalt der Strukturbrüche und die Dynamik des Wandels in der Epoche nach dem Boom

1. Nach dem Boom – fünf Jahre später

Die vorstehenden Beiträge haben erkennen lassen, wie vielfältig die Erscheinungsformen des Wandels seit den 1970er Jahren gewesen sind. Sie zeigen, dass es den einen, allentscheidenden Strukturbruch nicht gab. Sie zeigen aber auch, dass sich in diesen Jahrzehnten tief einschneidende Veränderungen in den verschiedensten Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft zugetragen haben. Es ist daher zunächst einmal wichtig, für die Zeit nach dem Boom – für die Jahrzehnte von 1975/80 bis an die Schwelle der Gegenwart – von der *revolutionären Qualität* des Wandels zu sprechen, denn wir sind Zeitgenossen einer wirtschaftlichen und industriellen Revolution im Übergang vom 20. ins 21. Jahrhundert. Sie steht der historischen Industriellen Revolution seit dem Ende des 18. Jahrhunderts und auch den Umwälzungen im Zuge der Hochindustrialisierung um 1900 nicht nach.

Der Forschungsverbund „Nach dem Boom“, den ich 2008 zusammen mit Lutz Raphael vorgestellt habe, arbeitet seit fünf Jahren in einer Kombination von Fallstudien zu ganz unterschiedlichen Einzelthemen, die als Tiefenbohrungen angelegt und in diesem Band dokumentiert sind, und interdisziplinärer Reflexion über die Entwicklungslinien seit den 1970er Jahren. Naturgemäß sind Fragen aufgetaucht und wurden Einsichten gewonnen, die neues Licht auf die gegenwartsnahe Zeitgeschichte werfen. Sie erlauben es, die Zusammenhänge von Strukturbruch und Wandel tiefenscharf auszuleuchten¹.

Es ist an der Zeit, die Pluralität des Geschehens stärker zu betonen. Wir sehen klarer als in den Anfängen unserer Forschungen eine Vielfalt von Brüchen und eine Vielfalt von Veränderungen. Mit dem Begriff „Strukturbruch“ im ursprünglichen Konzept des Forschungsvorhabens war nun gewiss kein Singular im Wortsinn gemeint, als habe es nur an einem Ort oder in einer Branche *den* Strukturbruch gegeben. Wir sahen von Beginn an eine

¹ Ein erstes Zwischenresümee findet sich im Vorwort zu Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 3., ergänzte Aufl. 2012, S. 7–23.

Vielzahl von Brüchen, nahmen aber an, dass man sie typisierend zusammenfassen könne, weil wir den Blick auf bestimmte Industrien gerichtet hatten und darüber andere Branchen mit jeweils eigenen Entwicklungen nicht deutlich wahrnahmen. Deshalb gilt es an dieser Stelle, die Aussagen und Begrifflichkeit zu präzisieren. Eines ist allerdings deutlich zu betonen: Je intensiver man nach Umbrüchen fragt und je mehr man in den verschiedenen Bereichen der Industrie, der Arbeiterschaft und überhaupt der Arbeitsgesellschaft auf die Problemkonstellation „Abbruch oder Umbruch“ achtet, desto stärker wird nicht nur die Vielfalt von Brüchen sichtbar, sondern es ist auch um so schärfer zu erkennen, wie umfassend und tiefgreifend, kurz: wie revolutionär das Geschehen war.

2. Das Ende der industriellen Moderne

Die Grundannahmen in der Vorbereitung des Forschungsprojekts „Nach dem Boom“ waren an biographische Prägungen und zeitgenössische Erfahrungen gebunden, die erkenntnisleitend wirkten und die Urteilsbildung gesteuert haben. Aus der Rückschau lassen sie sich geradezu als Beleg dafür anführen, dass die Zeit des Wirtschaftsaufschwungs nach dem Zweiten Weltkrieg und insbesondere die Jahre des Nachkriegsbooms von 1955/60 bis 1975/80 in hohem Maß mentalitätsprägend gewirkt haben. Nach 1960 wurden die Politik des sozialen Konsenses und das Postulat der Chancengleichheit zur handlungsleitenden Norm für nahezu alle Regierungen in den westeuropäischen Ländern, die vom Marshallplan profitiert und eine mit dem amerikanischen Modell kompatible Ordnungsform des Gemeinwesens geschaffen hatten. Parlamentarische Demokratie und (soziale) Marktwirtschaft bildeten die Grundlage der westlichen Entwicklung im Kalten Krieg. Nach dem Wiederaufbau, der angesichts der Kriegszerstörungen in der Bundesrepublik zunächst eine Sonderkonjunktur hervorbrachte, glichen sich nach 1960 die Entwicklungslinien in Westeuropa an. Die Orientierung am Konsens wurde zum internationalen Trend. Fiskalpolitische Globalsteuerung der Regierungen setzte ab etwa 1965 den Rahmen für die Wirtschaft und brachte Industriebetriebe, Gewerkschaften und Regierungen in einen Handlungszusammenhang, der im deutschen Fall als „rheinischer Kapitalismus“ beschrieben worden ist. Es bildete sich ein sozialer Konsens heraus, den man – ohne damit die Partei zu meinen – als sozial-demokratischen, auch sozial-liberalen Konsens bezeichnet. Dieser wiederum war verbunden mit dem Willen zur einvernehmlichen Regelung von Interessenkonflikten bei den Tarifparteien, unterstützt von der Politik. Die Bezeich-

nung „Konsenskapitalismus“ beschreibt dieses Wirkungsgefüge². In den Jahren des Booms, als die Steuerquellen sprudelten, wurde der „Wohlstand für alle“ spürbar, den Wirtschaftsminister Ludwig Erhard 1957 als Ziel der Regierungspolitik beschrieben hatte³. Die Konsumgesellschaft bildete sich heraus. Technische Modernisierung in der industriellen Planung und Entwicklung erzeugte einen Bedarf an gut ausgebildeten Arbeitskräften, dem das Schul- und Bildungssystem mit seinen Strukturen aus der Zwischenkriegszeit, wenn nicht der Jahrhundertwende, gar nicht gerecht werden konnte. Konsum und Bildungsexpansion verschränkten sich. Gleichheit und Konsens als Orientierungsmuster der Regierungspolitik prägten die Gesellschaft im Übergang zu den 1970er Jahren. Die Schlote qualmten, die Autobahnen wurden voller, die Menschen wohlhabender, und die junge Generation, die nach der Bildungsoffensive nun in Scharen die Universitäten und Fachhochschulen bevölkerte, hatte eine beruflich stabile Zukunft vor sich⁴.

Damit war es seit 1975 vorbei. Nach dem ersten Ölpreisschock von 1973 begann die Öffentlichkeit wahrzunehmen, dass es in den Großbetrieben der Eisen- und Stahlindustrie, den Werften und Textilfabriken schon seit längerem nicht mehr nach einer stabilen Zukunft aussah. Die Arbeitslosigkeit stieg deutlich an, und auch die Absolventen der Bildungsinstitutionen fanden nicht mehr selbstverständlich eine Anstellung in dem Beruf, für den sie sich qualifiziert hatten. Der Boom lief aus. Da wir in der Konzeptionsphase des Forschungsprojekts unsere Aufmerksamkeit zum einen auf die Gesellschaft der Boomjahre und die Konsenspolitik richteten und zum anderen auf die Branchen der industriellen Ballungsräume mit schwer- oder textilindustriellen Großbetrieben, wo jetzt viele Lichter ausgingen, sahen wir das als einen Strukturbruch von allgemeiner Geltung und Wirkung. Diese Wahrnehmung wurde intensiviert und aus der Alltagserfahrung immer aufs neue bestärkt, weil die Industrieländer Westeuropas in den drei Jahrzehnten vor der Jahrhundertwende einen Strukturwandel durchliefen, den man als Ende der traditionellen Industriewirtschaft und Industriegesellschaft auffassen konnte. In der Lebenserfahrung der nach dem Zweiten

² Vgl. Julia Angster, *Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB*, München 2003.

³ Vgl. Ludwig Erhard, *Wohlstand für alle*, bearb. von Wolfram Langer, Düsseldorf 1957.

⁴ Vgl. Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000; Tony Judt, *Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg*, München/Wien 2006; Hartmut Kaelble, *Kalter Krieg und Wohlfahrtsstaat. Europa 1945–1989*, München 2011.

Weltkrieg aufgewachsenen Altersgruppen war das ein singulärer Prozess. Was lag also näher, als dieses Problem auch mit einem Begriff im Singular zu beschreiben – als Strukturbruch eben⁵.

Vertiefte Einsicht in den Wandel in verschiedenen Branchen und Fabriken ließ immer deutlicher erkennen, dass wir es jedoch mit einer Pluralität von Brüchen zu tun haben. Mittelständische Betriebe reagierten ganz anders und vielfach wesentlich flexibler als die Konzerne, deren Niedergang zwar spektakulär wirkte wie im Fall der Kohlezechen, Hüttenwerke und Werften. Deren Beschäftigtenzahlen waren aber nicht repräsentativ für *die* Industrie in der Bundesrepublik Deutschland, wie Lutz Raphael in seinem Beitrag zeigt. Die Anpassungsfähigkeit der mittelständischen Betriebe war verzahnt mit dem Anpassungsdruck auf die Arbeitnehmer, von denen in wachsendem Maß eine gute Schulausbildung und erstklassige Kenntnisse in den verschiedenen Bereichen elektronischer Steuerung in Produktion und Verarbeitung erwartet wurden. Zwischen 1975 und 1995 änderte sich hier die Arbeitswelt grundlegend. Sowohl für ältere Beschäftigte als auch für Betriebsführungen waren tiefgreifende Um- oder Neuorientierungen unausweichlich, die in jedem einzelnen Fall als Bruch empfunden werden konnten. Danach standen viele Firmen moderner und leistungsfähiger da als zuvor und waren gewappnet für die Konkurrenz auf dem veränderten Weltmarkt, in den die Hersteller seit dem Ende des Ost-West-Konflikts hineinwachsen mussten, wenn sie nicht untergehen wollten.

Andere Betriebe überstanden den Strukturwandel nicht, weil sie mit Techniken arbeiteten, die im Zeitalter der Digitalisierung nicht mehr gebraucht wurden. So verschwanden zum Beispiel die Druckereien, die auf mechanischer Grundlage arbeiteten, und mit ihnen verschwand der Beruf des Druckers. Die Aus- und Weiterbildung trug dem Strukturwandel Rechnung, indem sie den Übergang von der mechanischen Fertigung über frühen Einsatz von Robotern bis zur elektronisch gesteuerten Produktion mit vollzog. In den verschiedenen Branchen bis hinein in jeden einzelnen Betrieb war der Strukturwandel spürbar, der von mindestens zwei Richtungen ausging: Zum einen wurden manche Branchen nicht mehr gebraucht oder mussten sich komplett neu erfinden, zum anderen erzwang der technische Wandel im Zuge der Digitalisierung differenzierte, den einzelnen Betrieben angemessene Maßnahmen zu rascher Erneuerung, Umorientierung, Anpassung. In den Großbetrieben ging das zumeist langsamer vor sich, aber die

⁵ Vgl. Hartmut Kaelble, *Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart*, München 2007.

Entwicklung der Firmen war gleichermaßen unter den unerbittlichen Druck des technischen Wandels gestellt und mit dem Zwang zur Anpassung an betriebliche Modernisierung konfrontiert. Wo die Herausforderungen nicht bewältigt wurden, war der Kollaps unausweichlich⁶.

Das heißt, *den* Strukturbruch hat es nicht gegeben, weil er nicht an einem Ort erfolgte und nicht *die* Industrie erfasste. Es gab vielmehr eine Vielfalt von Brüchen, die sich in der Schließung des einen Betriebs und der erfolgreich bewältigten Anpassung beim anderen zeigten. Den Anstoß gab immer wieder jener Strukturwandel, der wegen seiner umfassenden Geltung und des hohen Tempos als revolutionärer Prozess anzusprechen ist. Aber die Brüche, die sich ereigneten, waren vielfältig und sind nicht über einen Leisten zu schlagen. Denn es handelte sich ja nicht nur um ein Problem des produzierenden Gewerbes sowie des Handels und Konsums allein, sondern auch um eines der Alltags- und Lebensbewältigung in der Arbeitsgesellschaft. Nach 2000 wurde dieser kulturelle Faktor besonders deutlich spürbar, als die Schere zwischen den Erfolgreichen, die den Wandel mitvollzogen und seine Chancen genutzt hatten, und den Verlierern, die sich nicht in das Modernisierungsgeschehen einpassen konnten, immer weiter auseinander ging⁷.

3. Das digitale Zeitalter

Seit 1995 gab es das *world wide web*, das dem Strukturwandel erneut einen kräftigen Schub gab. Seither ging es nicht mehr nur um die Anpassung von Fertigungstechniken an neue technologische Standards und um die Ausbildung des dafür geeigneten Personals. Jetzt war die Welt offen, und sie entstand zugleich neu als ein virtueller Raum. Informationen, der Handel mit Waren oder Geld, Erfindungen, Patente und die Neuentwicklung von Forschungstechniken in den biologisch-medizinischen und den chemisch-physikalischen Wissenschaften waren seither, mit rasch wachsender Akzeptanz, global verfügbar und alsbald auch global nutzbar. Konkurrenz und Wettbewerb ordneten sich unter der Chiffre Globalisierung neu. Die Beschleunigung erreichte in allen Bereichen von Technik und Wissenschaft ein atemberaubendes Tempo. Wissensgesellschaft, Informationsgesellschaft, Kommunikation und der Handel auf den Finanzmärkten sahen sich jetzt

⁶ Vgl. Konrad Jarausch (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008.

⁷ Vgl. Andreas Wirsching, *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*, München 2012.

ganz unmittelbar mit dem neuen Phänomen der Echtzeit konfrontiert. Die revolutionäre Dynamik des Strukturwandels seit 1975/80 gewann mit der Entstehung des *world wide web* deutlich an Kraft. Digitalisierung und die damit verbundene Beschleunigung und vernetzte Information sowie die Erschaffung virtueller Räume bildeten seit 1995/2000 die Triebkräfte der industriellen Revolution, die wir erleben⁸.

Es gilt mithin, zusätzlich zur Vielfalt von Brüchen in den 1970er und 1980er Jahren, die sich im traditionellen Industriesystem vollzogen und auf die Arbeitsgesellschaft einwirkten, einen weiteren multiplen Bruch – ein Bündel von Ab- und Umbrüchen – zu konstatieren, und zwar die digitale Revolution mit der öffentlichen Verfügbarkeit von Daten aus dem Netz seit Mitte der 1990er Jahre. Wir symbolisieren diese Vielfalt des Zerbrechens als Bestandteil eines umfassenden Strukturbruchs mit der Grafik auf dem Umschlag dieses Buchs. Sie zeigt ein Bündel Spaghetti, in dem jeder Stab an einer anderen Stelle gebrochen ist und das Ganze doch auch den einen, allbetreffenden Bruch erkennen lässt⁹. Im Strukturwandel nach dem Boom gibt es mithin zwei zeitlich und sachlich verschieden gelagerte Erscheinungsformen von Strukturbruch als pluralem Phänomen. Auf den Umbruch in den späten 1970er und den 1980er Jahren mit seiner Vielzahl von einzelnen Abbrüchen und Neuanfängen in den alten mechanischen, maschinell-manuell betriebenen Industrien hin zu neuen, mit elektronisch gesteuerter Mechanik arbeitenden Industrien – auf diesen Umbruch folgte nach 1995 ein weiterer. Weit mehr noch als der vorangegangene machte sich dieser in der Multiplizität von Brüchen und Veränderungen, von Neuerungen in der Geschäftswelt, in den Fertigungsprinzipien, der Kommunikation und im privaten Leben bemerkbar. 1995 wurde zum Geburtsjahr eines neuen, virtualisierten Menschen, der inzwischen anfängt, das öffentliche, auch politische Leben in der Gegenwart zu gestalten.

Beide Zeiträume als Phasen multipler Brüche sind untereinander eng verbunden. Während des Übergangs von den alten zu den neuen Industrien um 1980 wurden die Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Denkens und Handelns fundamental verändert. Das Paradigma des Konsenses verlor zunehmend an Überzeugungskraft, seit die Volkswirtschaften des westlichen

⁸ Vgl. Manuel Castells, *Die Internet-Galaxie. Internet, Wirtschaft und Gesellschaft*, o. O. (Wiesbaden) 2005; Kai Lehmann/Michael Schetsche (Hrsg.), *Die Google-Gesellschaft. Vom digitalen Wandel des Wissens*, Bielefeld 2007.

⁹ Das Bild des „Spaghetti-Bruchs“, das die untrennbare Verkopplung von Singularität und Pluralität von Umbrüchen im Strukturwandel symbolisiert, geht auf Julia Angster zurück, der an dieser Stelle noch einmal gedankt sei.

Lagers nach der ersten Ölpreiskrise 1973/74 in Schwierigkeiten gerieten und die Steuerungsmechanismen der nationalen Regierungen nicht mehr die gewünschten Effekte erzielten. Die Produktivität sank, die Inflation stieg. Das betraf im Verlauf der 1970er Jahre insbesondere die USA und Großbritannien, weshalb von dort seit 1980 die Anstöße ausgingen, das Wirtschaftsdenken zu verändern, um mit einer anderen, neuen Wirtschaftspolitik die „Stagflation“ zu überwinden¹⁰. Der Monetarismus als neue Wirtschaftstheorie der Chicagoer Schule um Milton Friedman gewann rasch an Einfluss¹¹. Der wirtschaftsideologische Leitbegriff für die Politik hieß Deregulierung. Die Maßstäbe wurden in Großbritannien unter Premierministerin Margaret Thatcher gesetzt. Ihre Regierung verkörperte mehr als jede andere in Europa die Entschlossenheit, den Rückzug des Staats aus Großbetrieben und Branchen wie dem Bergbau, der Eisenbahn, Telekommunikation, Radio, Fernsehen und Post einzuleiten. Zum Programm der Deregulierung gehörte die Propaganda für die Selbstbestimmung des Individuums im Wirtschaftsleben, was im Kern die Aufkündigung des Konsenses als dem dominierenden Ordnungsmodell in der Gesellschaft bedeuten sollte.

In der Wirklichkeit sah manches anders aus. Auch in Großbritannien blieb der Sozialstaat aus der Nachkriegszeit weitgehend erhalten. Dennoch, das Programm entfaltete seine Wirkung, indem es den Vorrang des individuellen Interesses – als Betrieb, als Finanzagentur, als Einzelperson – vor dem Interesse der Gesellschaft festschrieb. Damit setzte die Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts ein, die nach 1995 noch durch die Individualisierungsdynamik im Zuge der anwachsenden Netzkommunikation beschleunigt wurde. Als bald entwickelten sich daraus veränderte soziale Standards. Sie betrafen die Selbst- ebenso wie die Weltwahrnehmung, in der so etwas wie Gesellschaft kaum eine Rolle spielte, stattdessen aber das Ich und dessen Partner im Netz. Jahre später, seit etwa 2010, geriet diese Entwicklung als Legitimationskrise der Demokratie in die öffentliche Aufmerksamkeit.

Der Monetarismus wirkte als wirtschaftliche Unterströmung dieses Geschehens und trug als Geldtheorie maßgeblich dazu bei, dass die Inflationsraten sanken und seit den späten 1980er Jahren auf niedrigem Niveau verharrten. Im Zusammenwirken von monetaristischer Theorie und Deregulierung entstand die handlungssteuernde Ideologie des Neoliberalismus,

¹⁰ Vgl. Alasdair Roberts, *The Logic of Discipline. Global Capitalism and the Architecture of Government*, Oxford 2011.

¹¹ Vgl. Ingo Pies/Martin Leschke (Hrsg.), *Milton Friedmans ökonomischer Liberalismus*, Tübingen 2004.

die spätestens nach dem Ende des Ost-West-Konflikts in allen Regierungskanzleien beherzigt wurde. Der Rückzug des Staates aus seiner ökonomischen und verwaltungstechnischen Verantwortung für die Staatsbetriebe bis in die Kommunen hinein ließ ein offenes Feld entstehen, auf dem private Interessen ungehindert ihren Nutzungs- und Gewinnabsichten folgen konnten¹². Hier wie auch im Bereich der Banken und des Finanzmarkts bildete sich eine staatsferne Betätigungsform heraus, deren Protagonisten in Gestalt von Agenturen – Rating, Controlling, Evaluating, Coaching und so weiter – ohne jede öffentliche Kontrolle durch Regierung, Verwaltung oder Parlament eine beträchtliche Macht entfalten konnten. Diese Macht war im Finanzmarkt konzentriert, strahlte von dort in die Regierungskanzleien, Konzernzentralen und ganz allgemein in die Gesellschaft aus. Als die Finanzindustrie Einzug hielt in die Politik der Alterssicherung – in Deutschland war das die „Riester-Rente“ –, wurde das propagierte „Vermögensbildungsprogramm“ einerseits als Anleitung für die Kleinen Leute verstanden, ihr Geld nicht länger dem Staat anzuvertrauen, der es in der Form des traditionellen Anspar- und sozialstaatlichen Umlagensystems verwaltete, sondern auf dem Anleihemarkt zu investieren, auf dem die Fondseigner in großem Stil profitieren konnten. Andererseits aber sollten die Kleinen Leute durch solche Maßnahmen darin geschult werden, endlich Aktien zu kaufen und mit Volksaktien zu „Markt“-Teilnehmern zu werden. Das hat zumindest in Deutschland nicht gut funktioniert, aber das „Vermögensbildungsprogramm“ blieb gleichwohl erhalten und trägt seither dazu bei, die Altersarmut zu programmieren, indem es für die Einzahler keine nennenswerte Rendite erwirtschaftet. Vielmehr sichert es der Finanzindustrie auf lange Sicht ordentliche Gewinne¹³.

Die Eigenart des Finanzmarkts wirkte sich auch in anderer Hinsicht auf die Gesellschaft aus. „Die Märkte“ handeln mit Geld in Form von Ziffern, die auf den Bildschirmen der Börsen rund um den Globus ablesbar sind. Digitalisierung und die Entstehung des Netzes haben diese neue Form des Kapitalismus entstehen lassen, die als *digitaler Finanzmarkt-Kapitalismus*

¹² Am englischen Beispiel untersucht dies Massimo Florio, *The Great Divestiture. Evaluating the Welfare Impact of the British Privatisations, 1979–1997*, Cambridge (Mass.)/London 2004.

¹³ Vgl. Hans Günter Hockerts, *Abschied von der dynamischen Rente. Über den Einzug der Demographie und der Finanzindustrie in die Politik der Alterssicherung*, in: ders., *Der deutsche Sozialstaat. Entfaltung und Gefährdung seit 1945*, Göttingen 2011, S.294–324; Diana Wehlau, *Lobbyismus und Rentenreform. Der Einfluss der Finanzdienstleistungsbranche auf die Teil-Privatisierung der Alterssicherung*, Wiesbaden 2009.

zu bezeichnen ist¹⁴. Die Wirkung entfaltet sich in einem virtuellen Raum mit weitestgehender Freizügigkeit, weil die Barrieren staatlicher Währungs- politik oder des internationalen Währungssystems schon seit den 1970er Jahren Schritt für Schritt beseitigt wurden. Sobald der Geldverkehr ausschließlich elektronisch im Netz vollzogen werden konnte, waren „die Märkte“ in Echtzeit existentiell miteinander verbunden. 2008 kam es zum Infarkt, aber der Patient hat nach der Krise seine Vitalität vorerst wieder zurückgewonnen.

Zu den Eigenarten des Finanzmarkt-Kapitalismus gehört es, dass die Berechnung von Wert nicht primär an die Leistungen des produzierenden Gewerbes gebunden ist, sondern an den Handel. Dieser Handel kann mit Waren oder mit Kapitalien erfolgen. In der Epoche nach dem Boom entstand ein neuer Industriezweig, die Finanzindustrie, und diese lebt vom Handel mit Kapital, auch mit solchem Kapital, das nur einen rechnerischen, spekulativen Wert verkörpert, nicht aber einen realen, an Waren und Produktion gebundenen. In den Jahrzehnten seit 1980/90, als Deregulierung die ideologische Norm für politisches Handeln bildete, hatte sich der Staat aus den Märkten zurückgezogen. Es blieb den Zentralbanken überlassen, ob und wie sie sich am Geschäft mit spekulativem Kapital beteiligten. Dieses System entwickelte sich, mit Billigung der Politik, unabhängig von deren Einflussnahme. Es wurde zudem konsequent abgeschottet, damit die internen Vorgänge nicht in den Regierungskanzleien oder in der Öffentlichkeit diskutiert werden konnten¹⁵.

4. Die Krise der Demokratie nach dem Boom

So entstand aus der Verbindung von Deregulierung als politischer Praxis und digitalem Finanzmarkt-Kapitalismus als ökonomischem Prinzip eine sozio-politische Konstellation, die sich in wachsendem Maß auf die Legitimität politischer Entscheidungsprozesse auswirkt. Die (Selbst)Entmündigung des Staates zieht die Krise der Demokratie nach sich¹⁶. Am Anfang

¹⁴ Diese Formulierung ist präziser als der Terminus „informationeller Kapitalismus“, wie die deutsche Übersetzung von *informational capitalism* lautet, in dem maßgeblichen Werk von Manuel Castells, *Das Informationszeitalter*, Bd. 1: *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*, Opladen 2003.

¹⁵ Vgl. Roberts, *Logic of Discipline*, und Werner Rügemer, *Rating-Agenturen. Einblicke in den Kapitalmarkt der Gegenwart*, Bielefeld 2012.

¹⁶ Vgl. mit weiteren Nachweisen Anselm Doering-Manteuffel, *Die Entmündigung des Staates und die Krise der Demokratie. Entwicklungslinien von 1980 bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2013.

stand ein Vorgang, der nur auf den ersten Blick erstaunlich ist. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre waren es insbesondere europäische Sozialdemokraten, die das System des radikalen Individualismus, der Deregulierung und der Entriegelung „der Märkte“ zum Orientierungsmuster künftiger Regierungspolitik erklärten. Das war konsequent, denn dieses System verkörperte zu jener Zeit den Fortschritt, sodass es für politische Parteien, die traditionell dem sozialen Fortschritt verpflichtet sind, sachlich nahelag, die aktuelle Form eines nicht sozialen, sondern eben marktliberalen Verständnisses von Fortschritt zu inkorporieren. Premierminister Tony Blair und Bundeskanzler Gerhard Schröder verkörperten um das Jahr 2000 diese neue Variante eines finanzmarktkapitalistischen Sozialismus. Dass ihnen darüber die traditionelle sozialdemokratische oder Labour-sozialistische Wählerschaft abhanden kam, war das eine. Das andere Merkmal bestand darin, dass es zwischen konservativen und sozialdemokratischen Kabinetten keinen Unterschied mehr zu geben schien.

Im Jahr 2002 war es ein Meilenstein in der Geschichte der Sozialdemokratie, als die Bundesregierung unter Bundeskanzler Schröder die „Agenda 2010“ durchsetzte, weil diese sowohl sozialpolitisch als auch programmatisch für die SPD einen weiteren tiefen Umbruch im Strukturwandel bedeutete. Aber es war leichter für den sozialdemokratischen Regierungschef, diese Entscheidung zu treffen als es für seinen Konkurrenten Edmund Stoiber (CSU) gewesen wäre, der damals als Kanzlerkandidat der konservativen Parteien auftrat. An ihm wäre das Stigma einer fundamental antisozialen Politik haften geblieben, eben weil er ein Konservativer war. Für den Sozialdemokraten Schröder war es schwierig genug, aber dennoch möglich, Reformen des Arbeitsmarkts einzuleiten, die mittelfristig dazu beitrugen, die Produktivität des Industriestandorts Deutschland sozialpolitisch mit den Bedingungen des globalen Wettbewerbs zu verkoppeln. Entscheidend aus der hier eingenommenen Perspektive ist es, dass beide politische Führungsfiguren dieselben Ziele verfolgten. Sie entsprachen damit dem britischen Modell, das zwischen dem Konservativismus von Margaret Thatcher und dem Reformsozialismus von Tony Blair kaum einen Unterschied erkennen ließ. An der Wende zum 21. Jahrhundert hatten sich die traditionellen Volksparteien zumindest in Großbritannien und Deutschland monochrom eingefärbt¹⁷.

¹⁷ Vgl. Oliver Nachtwey, *Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party*, Wiesbaden 2009; Franz Walter, *Vorwärts oder Abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie*, Berlin 2010; Andrew Rawnsley, *The End of the Party. The Rise and Fall of New Labour*, London 2010.

Rückblickend lässt dies den Schluss zu, dass in den Jahren zwischen 1995 und 2008 die Politik an eigenständigem Profil verlor, weil „der Staat“ gegenüber „den Märkten“ keine erkennbare Funktion mehr wahrnahm. „Die Märkte“ waren das Aktionsfeld von Agenturen und Lobbyisten, die den Staaten die sozialökonomische und ideologische Orientierung vorgaben. Sie hatten ihren Einfluss und ihre Macht mit Billigung, nicht selten auch mit Unterstützung der Politik entfalten können und agierten jetzt in einem von rechtlichen Regelungen und sozialetischen Normen weitestgehend freien Raum. Die Eigenart dieses Handelns kam nach dem Crash des Finanzmarkts 2007/08 allmählich ans Licht. Aber die Wirkung reicht tiefer, weil die vom individualisierten Gewinnstreben dominierten Verhaltensmuster in der Öffentlichkeit nicht nur die politischen Parteien beherrschen, sondern den Parlamentarismus und die repräsentative Demokratie beeinträchtigen. Im Strukturwandel nach dem Boom ist auch die „Krise des demokratischen Kapitalismus“ eingepreist¹⁸.

¹⁸ Wolfgang Streeck, *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin 2013.